

Protokoll:

Die Tagesordnungspunkte 5 und 31 werden gemeinsam behandelt.

Rm Altmaier (SPD) teilt mit, dass der von der SPD-Fraktion zusammen mit der FBG-Fraktion gestellte Antrag TOP 31 den Hintergrund habe, dass falls TOP 5 in dieser Sitzung ungeändert beschlossen würde, der FC Germania Metternich nicht in eine gute Zukunft gehen könne. Es habe in der Vergangenheit Gespräche mit möglichen Investoren darüber gegeben, dass man das Problem des bestehenden Einzelhandels in Metternich lösen könne, indem auf dem Hartplatz in der Rübenacher Straße und im Trifter Weg ein Vollsortimenter errichtet werde. Man habe offen gehalten, welcher Vollsortimenter dies sein solle, auch wenn man eine persönliche Präferenz habe. Im Gegenzug zu der Bebauung des Hartplatzes hätte der Investor bis zu zwei Kunstrasenplätze im Gewerbegebiet Metternich Nord 2 errichten wollen und damit dem Sportverein und auch anderen Sportvereinen eine große Last vom Herzen genommen, da in anderen Stadtteilen und im Umland von Koblenz solche Plätze errichtet würden. So könne man verhindern, dass junge Fußballspieler zu anderen Vereinen abwandern. Deswegen stelle die SPD-Fraktion den Antrag, mit den potentiellen Investoren nochmals die Möglichkeiten zu prüfen. Entgegen dem bisherigen Sachstand habe seine Fraktion Informationen, dass es mehrere potentielle Investoren gebe, so Rm Altmaier (SPD), von denen einer auch das aufgezeigte Modell umsetzen wolle. Hier sei es aber, nachdem seitens einer Fraktion im Stadtrat Beratungsbedarf angemeldet worden sei, zunächst zu einem Stillstand gekommen.

Der FC Germania Metternich und viele Metternicher seien sicherlich überrascht gewesen, dass nun eine ganz andere Lösung kommen solle. Der FC Germania habe nicht nur als Fußballverein für Metternich Bedeutung, sondern vor allem auch einen hohen Integrationswert. Um dem FC Metternich weitere gute 100 Jahre zu sichern, sollten auch die übrigen Fraktionen dem Antrag der SPD-Fraktion und der FBG-Fraktion anschließen.

Rm Altmaier (SPD) betont, dass er ausdrücklich das Amt für Wirtschaftsförderung für die geleistete Arbeit loben wolle. Mit Blick auf die Umsetzung des bei TOP 5 zu beschließenden sei sehr rasch und sehr gut gearbeitet worden. Aus Sicht der Wirtschaftsförderung sei es auch richtig einen Leerstand von Einzelhandelsgebäuden zu verhindern. Jenseits der Rübenacher Straße könnte man dies jedoch vielleicht, angesichts der Tatsache, dass eine neue Sportstätte entstehen könne, vernachlässigen. Man kritisiere an der Verwaltung, dass dort nicht gesamtheitlich gedacht worden sei. Im Wirtschaftsförderungsausschuss sei die Angelegenheit sehr ausführlich diskutiert worden, aber man hätte sich gewünscht, dass auch im Stadtvorstand intensiver darüber gesprochen worden wäre, um das Potential dieses Modells erkennen zu können. Stadtpolitik und Stadtentwicklung dürften nicht nur mit der Brille eines Investors, sondern müssten auch aus Perspektive der Stadt gesehen werden. Bei dem aktuellen Vorschlag gehe der Sport leer aus. Er äußert darüber hinaus, dass er in dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion einen Versuch sehe, sich aus der Verantwortung zu stehlen, da man aufgrund der Haushaltssituation aus eigener Kraft keinen Kunstrasenplatz errichten könne. Aufgrund des Eckwertebeschlusses sei auch eine Verwendung des Erlöses aus dem Grundstückskauf in einem neuen Projekt nicht ohne weiteres möglich. Insofern sei der Antrag Augenwischerei, da er zwar gut klinge, aber nicht umsetzbar sei. Er teilt mit, dass man den Änderungsantrag der FDP-Fraktion gerne in den Antrag TOP 31 aufnehme und nur durch den Antrag der SPD-Fraktion eine Realisierung des Kunstrasenplatzes möglich sei.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig bittet Herrn Czielinski (Amt 80) über den aktuellen Stand der Gespräche mit den Investoren zu berichten.

Herr Czielinski (Amt 80) teilt mit, dass der Ausgangspunkt der Beratungen vom Frühjahr 2011 im Wirtschaftsförderungsausschuss u.a. Schreiben von Einzelhändlern an die Fraktionen gewesen seien. Die Einzelhändler hätten sich mit der dargestellten Realisierung eines neuen Vollsortimenters auf dem Sportplatzgelände nicht einverstanden erklärt, sondern dafür geworben Gespräche zu führen, ob nicht am heutigen Standort des Unternehmens Edeka Görzen eine einvernehmliche Lösung mit den Grundstückseigentümern herbeigeführt werden könne. Aus der Diskussion im Wirtschaftsförderungsausschuss habe die Verwaltung diesen Auftrag aufgenommen und, wie auch die Edeka Gruppe, mit den Grundstückseigentümern Gespräche geführt. Im Folgenden sei überraschend gewesen, dass sich eine privatrechtliche Einigung zwischen den Grundstückseigentümern und der Edeka Gruppe abgezeichnet habe. In diesem Rahmen würden seit Jahren leerstehende und mindergenutzte Gewerbeimmobilien abgerissen und einer Neubebauung zugeführt.

Er führt weiter aus, dass das Projekt Neubau eines Vollsortimenters auf dem Sportplatzgelände des FC Germania Metternich nicht ohne Probleme sei. Die Liste der offenen und auch erkennbaren Problempunkte sei lang. So gebe es z.B. schon jetzt im Vorfeld Schreiben von Anliegern, die sich gegen eine solche Planung richteten und es werde auch befürchtet, dass Lärm und Abgase durch Lieferverkehr und Parken entstünden. Städtebaulich gebe es somit auch negative Aspekte.

Er betont, dass die Verwaltung keinesfalls davon ausgehe, dass eine komplette Refinanzierung der Errichtung von Kunstrasenplätzen aus dem Erlös des Verkaufes des alten Sportplatzgeländes sichergestellt werden könne. Es werde ein Differenzbetrag i.H.v. 200.000– 500.000 € bleiben. Die Zahl könne aktuell nicht genauer eingeschätzt werden, da man nicht wisse mit welchem letztendlichen Angebot ein potentieller Investor bereit wäre, das Sportplatzgelände zu übernehmen. In dem vorliegenden Angebot gebe es bspw. noch Fragen zum Baugrund, Altlasten etc., die mit dem Investor noch zu klären seien. Dabei gehe es auch um Kosten, die entweder vom Investor oder der Stadt Koblenz zu tragen seien.

Die Grundsatzidee der Verwaltung habe vorgesehen, dass der Investor der Stadt Geld gebe oder im Rahmen eines Werkvertrages ein neues Sportplatzgelände zu einem Festpreis und einem festgelegten Termin realisiere. Dadurch würde das generelle Baurisiko auf Seiten der Stadt deutlich gemindert.

Diese Idee könne allerdings auch mit einem Wohnungsbauprojekt realisiert werden, indem man das Gelände an einen Wohnungsbauentwickler oder -investor verkaufe, der das Sportplatzgelände in Gegenleistung realisiere.

Bei der Frage des Wohnungsbaus sei man noch nicht in eine Investorensuche eingestiegen, da dies bislang noch nicht Gegenstand der Überlegungen gewesen sei. Man sei als Verwaltung aber der Überzeugung, dass das Gelände marktkonform zu für die Stadt guten Preisen veräußert werden könne. Die städtebauliche Eignung für Wohnungsbau auf diesem Gelände stehe außer Frage, da die Rübenacher Straße zukünftig geringer frequentiert sein werde. Schon heute sei es ein akzeptabler Wohnstandort mit aller erforderlichen Infrastruktur. Vor diesem Hintergrund sei die Beschlussvorlage entsprechend gefertigt worden, um den Bebauungsplan Nr. 242 zu ändern. Es sei notwendig, ein Sondergebiet für den Einzelhandel auszuweisen, damit der Investor ein entsprechendes Baurecht erlangen könne.

Realisiere man das Projekt gemäß dem Antrag von SPD- und FBG-Fraktion, so erlange man nach jetziger Einschätzung keine komplette Finanzierung, sondern müsse zusätzliches Geld in die

Hand nehmen. Dies gehe dann zulasten der anderen Sportplätze und –vereine, die auf der Warteliste stünden. Es sei ferner unter dem Aspekt der Haushaltskonsolidierung nicht zu erwarten, dass die ADD den Ansatz für Sportplätze erhöhe und man wisse auch noch nicht, wie die ADD mit den Grundstückserlösen umgehen werde. Im Normalfall würden 25 % zur allgemeinen Haushaltskonsolidierung abgezogen. Das entsprechende Gespräch mit der ADD sei noch nicht geführt worden, da es noch keinen Grundsatzbeschluss zur Realisierung des Projektes gebe.

Rm Ackermann (Bündnis 90/Die Grünen) führt aus, dass es sich um ein sehr schwieriges Projekt handle und er bei der ersten Vorstellung im Wirtschaftsförderungsausschuss gleich Bedenken angemeldet habe, dass dies nicht die Reihenfolge sei, wie man Stadtentwicklung machen sollte. Dies zerstöre die Handlungen, die im Sport in strukturierter Weise vollzogen worden seien. In der Zwischenzeit könne er sich ein Abrücken von seiner Grundsatzidee vorstellen, wenn es zu einer positiven Lösung für den Sportverein kommen könnte. Die Vorteile aus stadtgestalterischer Sicht, die Herr Czielinski (Amt 80) zu Recht genannt habe, sehe er auch bei einer Realisierung des Projektes am alten Standort, so wie es nun vorgeschlagen sei. Die anderen Möglichkeiten zur Realisierung müssten weiter geprüft werden. Er führt aus, dass der Artikel in der Rhein-Zeitung vom 28.06.2012 ihn sehr gestört habe, in dem der FC Germania Metternich die Situation so darstelle, dass die Stadt etwas verkaufen wolle. Dies sei nicht der Fall und er habe von Ratskollegen aller Fraktionen immer das Bekenntnis bekommen, dem Verein helfen zu wollen. Es werde nun suggeriert, dass man zwei Kunstrasenplätze inklusive Gebäude kostenfrei bekomme, dies sei aber, wie auch Herr Czielinski (Amt 80) ausgeführt habe, nicht der Fall. Die Stadt müsse in jedem Fall zusätzliche Mittel aufbringen. Dies bringe die Reihenfolge der anderen Sportvereine durcheinander.

Rm Ackermann (Bündnis 90/Die Grünen) plädiert daher dafür, einen Doppelbeschluss zu fassen, in dem man auf der einen Seite sage, dass der Projektentwickler das durch die Veränderung vorgeschlagene Projekt konkretisieren und vorstellen solle und auf der anderen Seite Wohnbebauung ermögliche, um einen Kunstrasenplatz zu erreichen. Ferner sehe er keinen Zeitdruck, sodass man eine Entscheidung vertagen könne.

FDP-Fraktionsvorsitzende B. Hoernchen ist der Auffassung, dass eine vernünftige und faire Entscheidung nur nach Erstellung einer wirtschaftlichen, sportlichen und bürgerlichen Synopse getroffen werden könne. Daher habe man den folgenden Änderungsantrag gestellt: „Danach ist eine Synopse mit Gegenüberstellung aller möglicher Vor- und Nachteile der Beteiligten beider möglicher Standorte zu erstellen.“

Sie könne sich ferner ein Stück weit Rm Ackermann (Bündnis 90/Die Grünen) in der Auffassung anschließen, dass man die Entscheidung, ohne Vorliegen einer Synopse, vertagen sollte.

FBG-Fraktionsvorsitzender Gniffke stellt dar, dass man dem FC Germania Metternich lange Hoffnung auf eine positive Lösung gemacht habe und dieser sich auch danach ausgerichtet habe. Nun würden aber Probleme auftauchen, die vorher nicht bekannt gewesen seien. Dies verwundere ihn. Es habe nun jeder einen anderen Vorschlag, er spreche sich allerdings für ein Beibehalten des Antrags von SPD- und FBG-Fraktion aus.

Rm Sauer (CDU) teilt mit, dass die CDU-Fraktion aufgrund der jetzt bestehenden Sachlage, wie sie im Wirtschaftsförderungsausschuss dargestellt worden sei, einen Änderungsantrag stelle. Dieser laute: „Die CDU-Fraktion bittet die Verwaltung zu prüfen, das jetzige Sportplatzgelände des FC Germania Metternich in Hinblick auf eine zukünftige Nutzung der Fläche für

Wohnbebauung und Studentenwohnheime zu überprüfen und eine Ersatzfläche für ein neues Sportplatzgelände/neue Kunstrasenplätze zu suchen. Ferner wird die Verwaltung aufgefordert, die finanzielle Seite des Geländetausches darzustellen, damit der Sport- und Bäderausschuss, der Wirtschaftsförderungsausschuss und der Stadtrat die Möglichkeit haben, diesen traditionsreichen, großen Fußballverein des Stadtteils Metternich zu unterstützen.“

Sie ergänzt, dass man im Sport- und Bäderausschuss nicht über diese Angelegenheit habe entscheiden können, da kein Antrag des Vereins vorliege. Deshalb sei es bisher eine reine Entscheidung des Wirtschaftsförderungsausschusses über die Verlagerung der Fußballplätze gewesen. Aufgrund dessen könne man den von der SPD-Fraktion und der FBG-Fraktion gestellten Antrag nicht mittragen.

Sie führt weiter aus, dass es selbstverständlich eine schöne Sache sei, wenn ein Investor einem Verein nicht nur die Finanzierung der Verlagerung der Fußballplätze anbiete, sondern auch die Verkehrsanbindung baue. Über die Verkehrsanbindung habe man aber bisher im Großen und Ganzen noch nicht gesprochen und auch der Investor habe sich nicht geäußert.

Rm Sauer (CDU) berichtet weiter, sie habe viele Gespräche mit dem Franchising-Nehmer der Edeka Gruppe geführt und es sei immer darum gegangen, dass Edeka eine passende Fläche zur Vergrößerung des Geschäftes suche. Dass nun die sieben Eigentümer von Edeka keine Verlagerung, sondern eine Vergrößerung am Standort möchten, sei eine ganz andere Geschichte. Die Verkehrsanbindung bei einer Verlagerung sei ferner noch gar nicht untersucht. Es sei klar gewesen, dass im Falle einer Verlagerung ein Verkehrsgutachten erforderlich sei, da bei der aktuellen Anbindung über den Trifter Weg der Einkaufsverkehr für die Anwohner nicht zumutbar sei.

Aktuell sei dies kein tolles Ergebnis für den FC Germania Metternich, das sich keiner so gewünscht habe. Die sportpolitischen Sprecher seien sich einig, dass es im Umkreis von Koblenz zu Zeit boomende Kunstrasenplätze gebe und man in Koblenz das Problem habe innerhalb von zwei bis drei Jahren immer nur einen Kunstrasenplatz fördern zu können. Mehr sei aber leider oft nicht möglich.

Sie bittet die anderen Fraktionen den Antrag der CDU-Fraktion aus den genannten Gründen zu unterstützen, sodass der Geländetausch finanziell durchleuchtet werden könne und man dem Verein auf diesem Wege noch helfen könne.

Man sei sich aber auch bewusst, dass bei allen Maßnahmen eine Restsumme für den Verein oder die Stadt übrig bleibe. Diese Entscheidung sei aber erst später zu treffen.

BIZ-Fraktionsvorsitzender Wefelscheid teilt mit, dass seiner Fraktion die Entscheidungsfindung wegen der unübersichtlichen Gemengelage schwer falle. Aufgrund der Ausführungen von Herrn Czielinski (Amt 80) im Wirtschaftsförderungsausschuss und der Beschlussvorlage sei man davon ausgegangen, dass es keine Alternativität, wie die SPD-Fraktion es in ihrer Beschlussvorlage unterstelle, gebe. Seiner Fraktion sei kein Konzept bekannt, in dem ein Investor plane, der Stadt das Sportplatzgelände abzukaufen und bereit sei, unabhängig von der Kaufpreiszahlung an die Stadt, aus eigenen Mitteln einen Kunstrasenplatz zu errichten. Dies habe Rm Altmaier (SPD) aber gerade so ausgeführt.

Herr Czielinski (Amt 80) hingegen habe erläutert, dass die im Vorfeld diskutierten Modelle auf eine finanzielle Beteiligung der Stadt hinausgelaufen seien, da ein Viertel der Einnahmen aus Grundstücksverkäufen zur allgemeinen Haushaltskonsolidierung verwendet werden müsse.

BIZ-Fraktionsvorsitzender Wefelscheid fragt, ob eine solche komplette Finanzierung des Kunstrasenplatzes durch einen Investor je im Gespräch gewesen sei.

Herr Czielinski (Amt 80) erläutert, dass bei normalem Vorgehen die Stadt das Grundstück verkaufen würde und mit den Einnahmen einen neuen Sportplatz errichtete. Dabei müsse auch noch das neue Grundstück erworben werden. Dies sei der eine Weg.

Der zweite Weg sei ein Veräußern des Grundstückes durch die Stadt und Erwerb des neuen Grundstücks. Anstatt der Zahlung des Kaufpreises durch den Investor werde im Gegenzug ein Werkvertrag erfüllt und der Sportplatz hergestellt. So trage der Investor das Baukostenrisiko. Dabei habe man auch diskutiert, dass ein privater Investor ggf. in der Lage sei, günstiger als die Stadt nach VOB zu bauen. Man spreche hier von Baukosten i.H.v. 2,5 -2,6 Mio. €brutto. Es sei nicht auszuschließen, dass ein privater Investor günstiger bauen könne, allerdings könne es auch sein, dass dies nicht der Fall sei. In dem Fall entstünde dann ein Refinanzierungsproblem. Diese Frage sei erst nach Erörterung einer Vielzahl von Einzelfragen mit den Investoren zu beantworten.

Er führt weiter aus, dass es seines Wissens Projektentwickler mit 3.000 qm Verkaufsfläche gebe, die Gespräche mit dem Sportverein geführt hätten. Dort seien dem Sportverein vielleicht Dinge erzählt worden, die städtebaulich und auch nach dem Einzelhandelskonzept nicht zulässig seien. Man habe sich nun über Gutachten auf deutlich unter 2.000 qm Verkaufsfläche herunter gearbeitet, was natürlich auch Auswirkungen auf den Preis habe, den man für das Grundstück erzielen könne. Man müsse sich aber als Stadt genauso an Einzelhandelsgrundsatzfragen und Verträglichkeit des Einzelhandels halten, wie ein privater Grundstücksverkäufer.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig führt aus, dass er von dem ursprünglichen Plan begeistert gewesen sei, da er den Eindruck gehabt habe, damit zwei Dinge gleichzeitig realisieren zu können. Nämlich einerseits eine Verbesserung der Einkaufssituation und andererseits eine Verbesserung Sportsituation. Man habe dann als Verwaltung in einem Gespräch mit der Edeka Gruppe zur Kenntnis genommen, dass dieser Investor sein damaliges Angebot nicht aufrechterhalte. Damit sei für ihn die Geschäftsgrundlage für das ursprünglich verfolgte Ziel hinfällig gewesen.

Nun sei vorgetragen, dass man glaube, dass der genannte Investor oder auch ein anderer, weiterhin bereit sei, ein Angebot zu unterbreiten, welches eine Realisierung beider Dinge ermögliche. Die Antragsteller zu TOP 31 gingen davon aus, dass dies möglich sei. Die Verwaltung sei bisher aber davon ausgegangen, dass dies nicht möglich sei. Er teile allerdings die Bemerkung von BIZ-Fraktionsvorsitzendem Wefelscheid, dass bei einem solch komplexen Thema nicht in irgendeiner Form der unbegründete Verdacht vom Mausehelei aufkommen dürfe. Man müsse die Sache so objektiv wie möglich darstellen und prüfen können.

Man habe ein gemeinsames Interesse daran, möglichst beide Probleme zu lösen und dabei nicht den Eindruck einer sachfremden Entscheidung aufkommen zu lassen.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig schlägt, auch im Lichte der strittigen Vorberatungen in den Ausschüssen, vor, die Verwaltung zu beauftragen, mit den Investoren und potentiellen Investoren Kontakt aufzunehmen, um zu prüfen, ob sich das ursprüngliche Vorhaben noch in der Diskussion befinden könnte. So könne man eine einwandfreie Geschäftsgrundlage erlangen. Es sei niemandem gedient, wenn man mit einer möglicherweise äußerst knappen Mehrheitsentscheidung etwas beschließe und die unterlegene Minderheit das Gefühl habe, dass sachfremde Erwägungen im Hintergrund seien.

Er fügt an, dass er aber auch nicht beim FC Germania Metternich den Eindruck erwecken wolle, dass eine möglicherweise noch bestehende Option vorschnell aufgegeben würde.

SPD-Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann teilt mit, dass sie diesen Tag für einen sehr entscheidenden für Metternich halte, da man jetzt die Möglichkeit habe dort die Weichen neu zu stellen. Man habe als Stadtrat die Planungshoheit und so brauche man sich auch nicht von einem Investor vorschreiben lassen, was man zu planen habe. Nun könne die Situation für die Bevölkerung und den Sportverein verbessert werden und man habe die Möglichkeit für die Stadt eine schonende finanzielle Lösung zu finden.

Die Verwaltung und andere Ratsfraktionen versuchten nun mit einer neuen Lösung den Eindruck zu erwecken, dass man dem Verein helfen wolle, allerdings sei die Wahrheit eine andere. Sobald die Stadt der Investor des neuen Sportplatzes sei, rede man über die Warteliste, auf der Metternich dann ganz am Ende stünde. Man brauche für jede Maßnahme zwei bis drei Jahre, um sie im Haushalt unterzubringen und ab 2014 müssten wohl die Sportförderungen zurückgefahren werden, wodurch man von einem Zeitraum der Realisierbarkeit in Metternich von 20-25 Jahren spreche.

Man könne ferner auch nicht die Warteliste verändern, dafür hätten auch die Metternicher Verständnis.

Sie führt weiter aus, dass das Einzelhandelsgutachten darstelle, was im Norden von Metternich verträglich sei. Man stelle sich die Frage, ob die im Ist-Zustand dargestellte Lösung und die Lösung die kommen solle, wirklich die richtige Lösung sei. Man rede über demografischen Wandel und alternde Bevölkerung. Sie halte es für klüger, das vorhandene Gewerbegebiet fortzusetzen. So würde eine fußläufige Erreichbarkeit für die Metternicher geschaffen.

Sie bezweifelt ferner unter Bezug auf Herrn Czielinski (Amt 80), dass die Anwohner, die aktuell den Emissionen eines Fußballplatzes ausgesetzt seien, nun Angst hätten, dass ein LKW Ware anliefern. Auch glaube sie nicht an eine Realisierung der Nordtangente, sodass die Situation bleibe wie sie sei.

Sie teilt abschließend mit, dass man dem Vorschlag von Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig folgen könne.

Rm Altmaier (SPD) führt aus, dass Herr Czielinski (Amt 80) und andere an der Diskussion Beteiligte, davon gesprochen hätten, dass man nicht von einer In-sich Finanzierung ausgehen könne. Dies sei evtl. nicht richtig, da die Verhandlungen mit den Investoren, so wie es im Antrag zu TOP 31 stehe, mit entsprechendem Ziel geführt werden sollten. Dort sei das Potential und deshalb entspreche der Vorschlag von Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig dem Antrag. Man wolle, dass nochmals grundlegend mit den Investoren gesprochen werde, da bislang nur mit einem Investor gesprochen worden sei.

Herr Altmann habe, nachdem die CDU-Fraktion eine Abstimmung im Stadtrat über Gespräche mit Investoren abgelehnt habe, seine Planungen eingestellt, da völlig unklar sei, ob diese überhaupt realisierbar seien. Diese Grundlage könne man aber mit dem Vorschlag des Oberbürgermeisters einfordern. Es seien damit konkretere und detailreichere Planungen möglich. Vielleicht komme dann dabei raus, wenn man ggf. Zugeständnisse bei der Quadratmeterzahl mache, dass sich das Projekt doch von selbst trage. Er betont, dass das Einzelhandelsgutachten eine Empfehlung sei, von der man abweichen könne. Man müsse schauen, was dem Stadtteil, dem Sport und dem Wirtschaftstandort diene. Es gebe zwei Supermärkte, die in Frage kämen, nämlich Rewe und Edeka. Man könne so auch ein wohnortnahes Einkaufen realisieren. Auch würde der CDU-Ortsverband Metternich das Anliegen des Antrages zu TOP 31 unterstützen. Alle wollten dem Verein helfen, so Rm Altmaier (SPD), nun stelle sich die Frage wie.

Wenn man mit allen Investoren spreche, könnten auch angesprochene Probleme, wie z.B. die Andienung durch den Trifter Weg, geklärt werden.

Wenn man die Weiterentwicklung des Sportplatzes zum Kunstrasenplatz auf einer anderen Fläche realisieren wolle und entsprechend genau prüfe, wie man die Problematik der Supermärkte löse, so könne man dies auch gerne tun. Die FDP-Fraktion habe eine entsprechende Synopse bereits angeregt.

Er ergänzt, dass der Verein die Aufgabe habe, einen Finanzierungsanteil zu leisten, sofern dies zum Tragen komme. Dazu sei der Verein auch bereit, aber er brauche nun echte Unterstützung und nicht bloß lobende Worte bei Jubiläumsveranstaltungen.

Rm Sauer (CDU) verwehrt sich gegen die Ausführungen von Rm Altmaier (SPD) und führt aus, dass man, sofern ein solches möglich sei, immer für ein Tauschen plädiert habe. Da der Einzelhandel nun nicht an einen anderen Standort wechseln wolle, habe sich eine völlig neue Situation ergeben. Ferner sei immer bekannt gewesen, dass die am neuen Standort durchzuführenden Überprüfungen nicht abgeschlossen seien. So liege noch kein schriftlicher Antrag der Firma des Investors vor, dass er tatsächlich bereit sei, die Kosten zu tragen von denen man gerade spreche. Es handele sich konkret um die Einrichtung zweier Kunstrasenplätze und neuer Umkleidekabinen, die Verkehrsanbindung an das bestehende neue Gelände sowie die Verkehrsanbindung an das neue Einzelhandelsgelände. Diese Faktoren lägen noch keinem vor. Deshalb sei es unfair Vorwürfe an bestehende Einzelhändler zu richten.

Ferner habe keiner in sog. Sonntagsreden versprochen, dass die Gelegenheit zum Tragen komme. Vielmehr habe man betont, wohlwollend dahinter zu stehen und sei in dieser Hinsicht auch optimistisch gewesen. Dass es nun nicht so gekommen sei, sei eine ganz andere Situation, weshalb sie nochmals auf den gestellten Änderungsantrag verweise. Dieser enthalte den Prüfauftrag an die Verwaltung, die Realisierbarkeit von Wohnbebauung und Studentenwohnheimen zu überprüfen, um dem FC Germania Metternich mit diesem Geld an anderer Stelle helfen zu können.

Der Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Wiechmann, begrüßt den Verfahrensvorschlag von Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig und stellt fest, dass in der Diskussion wohl einiges, insbesondere von den Rednern der SPD-Fraktion, durcheinander gebracht worden sei. Wenn man ehrlich miteinander diskutieren wolle, solle man auf den Vorschlag des Oberbürgermeisters eingehen, die Angelegenheit nochmals vernünftig prüfen und nicht versuchen die eine gegen die andere Fraktion auszuspielen. Man wisse natürlich, dass hinter der Diskussion auch Personen stünden und bitte deshalb die SPD-Fraktion, auch gemeinsam dem Vorschlag des Oberbürgermeisters zuzustimmen.

FBG-Fraktionsvorsitzender Gniffke teilt mit, dass er, wie auch BIZ-Fraktionsvorsitzender Wefelscheid, die Angelegenheit für ziemlich undurchsichtig halte. Insofern begrüße auch er den Vorschlag des Oberbürgermeisters.

Rm Pilger (SPD) betont, man müsse verhindern, dass der FC Germania Metternich zum Verlierer der Sache werde, was sich ein Stück weit abzeichne, wenn er auf die allgemeine Warteliste müsse. In diesem Fall sei es ein realistischer, wenn nicht zu optimistischer Zeitplan, von einer Wartezeit von 25 Jahren zu sprechen. Er spricht sich dafür aus, für den Vorschlag des Oberbürgermeisters zu stimmen.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig weist darauf hin, dass seine Formulierung keineswegs identisch mit dem Antrag der SPD-Fraktion und der FBG-Fraktion sei, da deren Antrag davon ausgehe, dass es selbstverständlich eine Alternative gebe. Er hingegen habe mit

seinem Vorschlag eine ergebnisoffene Prüfung intendiert, da er aufgrund des bisherigen Gespräche, an denen er beteiligt gewesen sei, den Eindruck gehabt habe, dass es keine Alternative gebe. Da er aber nicht ausschließen möchte, dass man möglicherweise nicht abschließend geprüft habe, ergebe sich sein genannter Vorschlag.